

NAME

abd-podcast-38.mp3

DATE

October 11, 2024

DURATION

1h 3m 2s

START OF TRANSCRIPT

[00:00:07] Speaker1

Hallo und herzlich willkommen zur 38. Folge von der ATB Podcast. Ich bin Anke Domscheit Berg, digitalpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. Und wie jede Sitzungswoche erzähle ich euch das Neueste aus dem digitalen Maschinenraum im Bundestag. Diesmal geht es um drei Themen, nämlich einmal das sogenannte Zeam ausgesprochen, die zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation im BMI. Dann geht es um drei verschiedene Haushaltsberatungen für den Haushalt 2025, nämlich die drei Ministerien Digitales und Verkehr, Wirtschaft und Klima und Umwelt und Verbraucherschutz. Ich hatte sagenhafte 240 Sekunden für diese drei Haushalte Zeit, um Fragen zu stellen und Antworten zu kriegen. Aber ihr kriegt natürlich viel mehr geballte Info. Und last but not least geht es mal wieder um einen Antrag der Union zum Europäischen Data Act und die Umsetzung in Deutschland. Aber gleich hineingesprungen ins erste Thema. Die zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation. Gemeint ist natürlich das Thema Desinformation. Ein wachsendes Problem, nämlich auch ein grundsätzlich schwieriges Thema, aus ganz verschiedenen Gründen. Wir haben ja immer wieder Einflussnahme auf die nationale Politik. Übrigens nicht nur wir, sondern andere Länder auch dadurch, dass gezielte Informationsmanipulation durch andere Staaten erfolgt. Desinformation ist jetzt natürlich nichts Neues, das gab es schon vor 1000 Jahren ziemlich sicher uraltes Thema, aber mit künstlicher Intelligenz und verbunden mit den Algorithmen sozialer Medien. Und wie die so funktionieren, was die Mär und was die weniger amplifizieren und verbreiten, ist das Thema jetzt einfach viel gefährlicher geworden. Und das erleben wir auch. Desinformationen machen natürlich auch nicht bloß staatliche Akteure, auch da kennen wir alte und berühmte Beispiele aus der Wirtschaft.

[00:01:52] Speaker1

Zum Beispiel hat die Fossilindustrie ja jahrzehntelang bezüglich der Klimawirkung von CO2 haufenweise Desinformationen auch absichtlich verbreitet. Und das alles gibt es natürlich auch im Inland Alltag, siehe die böartigen Desinformationen aus rechtsextremen Kreisen, allen voran natürlich die AfD. Das führt am Ende dazu, dass eine Bevölkerung manipuliert wird, aber nicht bloß die allgemeine Bevölkerung, sondern auch die politischen Akteure, weil die denken Oh, die ganze Welt denkt, so oder so müssen wir unsere Politik danach ausrichten. Ihr wisst alle, dass das im Moment ja schon passiert, sonst würden wir nicht die ganze Zeit über Migration reden und ständig neue Gaga Sicherheitsgesetze entworfen werden. Also Desinformation funktioniert. Sie ist aber an sich gar nicht strafbar. Lügen sind ja auch von der Meinungsfreiheit gedeckt. Man darf lügen, so viel man will. Trotzdem ist es total wichtig, die systemischen Risiken durch Desinformationen zu erkennen, ihre Wirkung zu verstehen und ihre Wirkung auch zu schwächen. Und insbesondere wenn ausländische Akteure ins Spiel kommen, ist das einfach am Ende auch gefährlich für uns als ganze Gesellschaft. Und da muss man was dagegen tun. Russische Desinformation ist seit einiger Zeit besonders massiv. Vor allem seit dem Überfall auf die Ukraine. Dafür gibt es also unendlich viele Belege. Ich verlinke euch die, die ich jetzt erwähne, auch allesamt in den Shownotes zum Beispiel vom März Schon ein Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Geheimdienste. Manchmal veröffentlicht es ein bisschen was. Und in diesem Bericht steht was dazu drin.

[00:03:19] Speaker1

Vor allem aber gab es ja noch vor gar nicht langer Zeit viele, viele Berichte, auch in unseren Medien über geleakte Dokumente und Recherchen deutscher Medien, aber auch der US Regierung. Und da ging es um die größte bisher aufgedeckte Desinformationskampagne aus Russland. Bestimmt habt ihr schon mal davon gehört. Die haben nämlich so eine Doppelgänger Strategie zum Beispiel. Verfolgt. Die heißt deshalb so, weil sie seriöse Webseiten einfach nachgefälscht haben. Die haben da vielleicht mal so einen Buchstaben im Link geändert und haben dann nur einzelne Artikel ausgetauscht. Also die meisten waren echt, aber so ein Fake Artikel war mittendrin. Aber ausgesehen hat es dann wie die Webseite vom Spiegel, wie die Webseite von der FAZ oder von der Welt oder von der Süddeutschen. Zum Beispiel hat es einen gefälschten Spiegelartikel gegeben, der hatte die gloriose Überschrift Die letzte Hoffnung für Deutschland. Und dann war da so ein Bild von Sähra Wagenknecht. Das kann natürlich nur von Putin geschrieben worden sein und muss Fake sein. Ein ganz wichtiger Akteur ist dabei auch aufgedeckt worden, nämlich die sogenannte Social Design Agency, nichts anderes als eine Fakeagentur im Auftrag der russischen Regierung. Und da gab es veröffentlichte Gerichtsdokumente in den USA. Man hat nämlich zwei verdeckte Agenten quasi hops genommen. Ich glaube, hops genommen hat man sie insofern nicht, als man sie noch sucht. Die sind abgehauen, rechtzeitig. Aber man hat in Gerichtsdokumenten ganz viel veröffentlicht, was man bei dieser Agentur mit Durchsuchungen gefunden hat.

[00:04:45] Speaker1

Da gibt es also harte Beweise, was die Kampagnenziele waren. Die sind veröffentlicht und das liest sich am Ende wie so klassische AfD oder bsw. Botschaften bei uns vorgeschrieben von russischen Desinformationsagenturen. Da wird zum Beispiel behauptet, das eigene Land wird in den Ukrainekrieg gezogen, wenn man da irgendwas unterstützt. Oder weiße Einheimische werden diskriminiert. Unser aller Zukunft wird von Migrantinnen bedroht und ja, na ja, ihr kennt ja den Kram und Russland hat über diese Agentur sogar einen Haufen Geld gezahlt, nämlich 10 Millionen \$ wurden an US Influencer, die wahrscheinlich gar nicht wussten, was sie da für Putin gerade Werbung machen wurden, an die Influencer bezahlt, damit die diese Desinformations Claims weiterverbreiten. Wahrscheinlich haben die nur gedacht, sie machen irgendwie Trump Unterstützung, weil das war tatsächlich das Ziel dieser Agentur, hauptsächlich eine Anleitung zur Wahlbeeinflussung der Präsidentenwahl in den USA. Da sollte also, so steht es alles drin in den Dokumenten, die man gefunden hat, Trump begünstigt werden und die Demokraten sollten durch Lügen beschädigt werden. Diese Akten der USA weisen aber auch nach, dass auch Deutschland ganz massiv Zielscheibe dieser Agentur war. In diesen Papieren dieser Agentur, da finden sich richtig quantifizierte Ziele. Da steht zum Beispiel drin Jeden Tag müssen 3 bis 4 Fakevideos entstehen, jeden Tag 3 bis 4 Memes oder Bilder. 8 bis 10 Postings, die man irgendwo posten kann. 40 bis 60 Kommentare, die man dann überall runter posten kann. Wahrscheinlich habt ihr das auch alles schon mal erlebt, dass egal was ihr gerade veröffentlicht habt, in egal welchem sozialen Medium plötzlich immer die gleichen Kommentare darunter stehen, die überhaupt nichts mit dem Post zu tun haben.

[00:06:23] Speaker1

Das ist dann irgendwas, was aus so einem Netzwerk kommt. Behörden in den USA haben nachgewiesen, dass tausende dieser Videos veröffentlicht worden sind, die diese Agentur hat produzieren lassen. Die Basis für diese Inhalte, das steht auch in den Papieren, waren immer aktuelle Themen mit Bezug auf die Partei, die man gerade beschädigen wollte. Also in den USA die Demokraten. Und da steht sogar wörtlich drin als Anweisung. Ich zitiere mal übersetzt auf Deutsch. Damit die Wirkung effektiv ist, muss ein Minimum an Fake News mit einem Maximum realistischer Information miteinander vermischt werden. Und es steht auch noch da drin. Das soll man immer wiederholen, dass diese behauptete Tatsache real ist und dass die offiziellen Medien, die böse Lügenpresse das absichtlich verschweigt. Dann glauben es die Menschen nämlich eher. Und genauso haben diese Doppelgänger Strategien ja funktioniert. Man hat einen Link, einen Buchstabendreher im Link drin, also zum Beispiel ein großes e statt ein kleines ll. Das kann man überhaupt nicht optisch erkennen. Spiegelseite kopiert, ein Fake Artikel reingemacht und fertig. Diesen Link dann überall verbreitet über große Botnetze oder über solche gekauften Influencer. Es gibt eine NGO, die nennt sich Anti Bot von Nawalny. Die hat mal Daten untersucht und die hat festgestellt, dass in nur 24 Stunden über 2 Millionen Tweets der Doppelgänger Kampagne geteilt worden sind. 2 Millionen Tweets in 24 Stunden. 50 % davon bezogen sich auf Deutschland oder Frankreich.

[00:07:52] Speaker1

Das ist schon wirklich krass. Es gibt eine andere NGO, die heißt AI ForenSics. Die hat untersucht Facebook innerhalb von acht Monaten, nämlich die acht Monate bis zum März 2024. Auch in Bezug auf die Doppelgängeroperation in der Zeit haben 38 Millionen Menschen in Frankreich und Deutschland diese gefälschten Links serviert, gekriegt und angeguckt. Das muss man sich mal reinziehen. 38 Millionen Menschen nur in Frankreich und Deutschland in acht Monaten. Dabei wurden auch KI generierte Inhalte verwendet. Es gibt natürlich auch Berichte, die sagen die Wirkung russischer Desinformation, die ist total gering. Man kann sie nicht richtig nachweisen. Das stimmt ja auch. Man kann die Wirkung sehr schlecht nachweisen. Aber dass bei Werbung genauso. Und warum gibt es trotzdem Werbung überall und einen Haufen Geschäft damit? Milliarden schwer? Weil sie wirkt. Warum gibt es Desinformation? Weil sie wirkt. Und wir erleben das ja eigentlich auch alle um uns herum, wie sie wirkt und dass sie wirkt. Mit diesem Thema Desinformationen beschäftigen sich auch tatsächlich schon diverse staatliche Stellen in Deutschland, zum Beispiel auch die Bundeswehr, mit dem Cyber und Innovationsraum. Dort wird Desinformationen als Teil der hybriden Kriegsführung betroffen. Und natürlich gucken sich auch deutsche Geheimdienste an, was zum Beispiel so in Social Media gepostet wird und wo das herkommt. Und jetzt kommt also neu dazu diese zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation im BMI. Was wir bis jetzt wissen ist, dass sie öffentliche Quellen verwenden soll und auch die Bevölkerung aufklären soll. Dass man dass es die deshalb gibt, weil im Dezember 2023 die Innenministerkonferenz sich darauf geeinigt hat und das BMI darum bat, so eine Stelle einzurichten.

[00:09:33] Speaker1

Die Länder selber haben wir später erfahren, sind aber gar nicht daran beteiligt. Im Juli 2024, also quasi vorgestern, hat das Team dann im BMI seine Arbeit aufgenommen. Es ist noch ganz, ganz jung, quasi im Embryonalstadium. Und im Moment ist es auch nichts anderes als eine sogenannte interministerielle Projektgruppe. Ich habe mal rumgesucht, so Google, Google oder eine anständige Suchmaschine. Es gibt noch keine Webseite, auf der man irgendwas dazu sehen kann. Wenn man ECM eingibt, landet man bei irgend so einer komischen, ich glaube bei einer GNZ Werbeagentur oder sowas. Jedenfalls nicht bei dieser zentralen Stelle. Was man aber, wenn man lange genug sucht findet und das müsst ihr nicht suchen, weil ich verlinke es euch. In den Shownotes ist das Organigramm des BMI frisch aktualisiert vom September 2024 und da findet man diese klitzekleine Projektgruppe ganz ganz unten in einer Box. Ihr müsst auch da die Suchfunktion benutzen, sonst findet ihr sie nicht aufgehängt in der Abteilung H und H heißt Heimat, Zusammenhalt und Demokratie. Das war jetzt alles noch Einführung ins Thema. Jetzt kommen wir also erst zum Digitalausschuss und da hat einen Input gegeben ein Vertreter aus dem BMI, nämlich der Staatssekretär. Seifert. Der beschrieb das wohl recht aktuell. Also Anfang des Jahres war ja das letzte World Economic Forum in Davos Desinformationen als größte Gefahr für die Wirtschaft, für die Demokratie, aber auch für den Frieden beschrieben hat.

[00:10:55] Speaker1

Und das Ganze hat man auch noch keine Ahnung wie quantifiziert und hat ausgerechnet, dass das jedes Jahr einen Schaden von 80 Milliarden € verursachen soll. Keine Ahnung, wie valide das ist. Was ich aber für valide halte, ist eine andere Zahl. Auch eine 80 80 % der Deutschen sehen Desinformation als ein sehr großes Problem in Deutschland und sie erwarten auch einen besseren Schutz. Und darauf will die Bundesregierung auch reagieren. Der Staatssekretär hat dann auch noch beschrieben, welche verschiedenen Strategien es gibt bei Desinformationen. Die Doppelgängerkampagne, die habe ich euch ja schon vorgestellt. Da war übrigens sogar das BMI betroffen. Das wusste ich gar nicht. Da hat also irgend so eine Fakeseite behauptet, das BMI hätte da angewiesen, dass ukrainische Geflüchtete auch quasi zwangseingewiesen werden können. Private Wohnungen. Man muss die also beherbergen, wurde da behauptet. Natürlich alles Bullshit gewesen, aber es gibt noch andere Strategien, nämlich ganze Netzwerke zur Verbreitung dieser falschen Inhalte aufzubauen, mit haufenweise Fakeaccounts und als drittes. Und das alles lässt sich miteinander kombinieren mit KI Inhalte und Deepfakes zu generieren. Da gibt es sogar hier im Bundestag ein ganz aktuelles Beispiel. Vielleicht habt ihr es auf Insta mitgekriegt, nämlich die SPD Abgeordnete Verena Hubertz. Die hat plötzlich ein deepfake Video gefunden, wo ihr lebendes Gesicht irgendwelche Dinge erzählt hat. Es war aber gar nicht sie wirklich, sondern einfach nur ein Deepfake. Auch das verlinke ich euch. Das Ziel ist natürlich, unsere Gesellschaft zu destabilisieren, die Demokratie anzugreifen und deswegen muss man da was dagegen tun.

[00:12:27] Speaker1

Staatssekretär Seiffert erzählte dieses Team das ist noch ganz Habe ja erklärt Embryonalstadium. Das wird erst personell und technisch aufgebaut und ausgestattet und beteiligt sind im Moment Mitarbeiter aus dem BMI, aus dem BMJ, also Justizministerium, aus dem Auswärtigen Amt und auch aus dem Bundespresseamt, das im Übrigen dem Kanzleramt untersteht. Die Aufgaben, die es haben soll, sind ausländische Einflusskampagnen überhaupt erst einmal zu identifizieren, also die Manipulationsversuche und die Verbreitungsmethoden, die Reaktionsfähigkeit der Regierung zu verbessern, aber auch Handlungsempfehlungen für die Gesellschaft zu geben. Und dann hat er noch erklärt, dass es da wohl wöchentlich so ein Ressortrunde gibt, wo man sich da austauscht. Und damit ging es schon in die Debatte hinein. Wir wollten natürlich wissen, Wie ist denn das jetzt genau aufgebaut, Wie arbeitet dieses Team? Im Moment ist es noch klein. Zehn Mitarbeiter hat man zusammengekratzt aus den verschiedenen Ministerien, und das Ganze soll bis zum Ende der Legislatur auf 20 verdoppelt werden. Soweit das Ziel. Die Aufgaben, erklärte man, die stehen noch gar nicht richtig fest, weil das Feld würde sich ja auch dynamisch entwickeln. Und überhaupt muss man ja erst mal reinkommen. Aber man hat den Prozess grob beschrieben. Also erst analysiert man mal und entdeckt möglicherweise irgendwelche Desinformationskampagnen. Diese Ergebnisse teilt man dann zuerst in der Bundesregierung, bespricht dann, was man damit macht und würde dann gegebenenfalls auch die Bevölkerung informieren. Ich fand ja ein bisschen unklar, auch nach deren Aussagen, wie diese Bevölkerungsinformationen passieren soll.

[00:14:01] Speaker1

Also wie gesagt, eine Webseite gibt es ja nicht. Vielleicht kommt die noch. Keine Ahnung. Also das wurde nicht spezifiziert. Sollte man bei deren Recherchen irgendwas strafbares finden? Wie gesagt, Lügen sind ja nicht strafbar. Aber vielleicht finden sie ja auch mal eine Morddrohung oder so was. Dann geben Sie das selbstverständlich weiter an Strafverfolgungsbehörden. Und wenn Sie tatsächlich eine Desinformationskampagne aufdecken, dann entscheiden Sie erst mal ist reagieren sinnvoll. Oder vielleicht ist es besser, das einfach totzuschweigen. Kann manchmal die bessere Entscheidung sein. Aber falls man sich für Reagieren entscheidet, gibt es da auch eine Bandbreite. Kann man zum Beispiel auf irgendeiner Digitalplattform oder auf ganz vielen eine öffentliche Richtigstellung machen? Oder muss man vielleicht sogar diplomatisch reagieren? Da gibt es eine Bandbreite und das kann man sich gut vorstellen. Natürlich immer eine Einzelfallentscheidung. Interessant war auch der ganze Bereich. Wie ist denn das koordiniert? Also da sind ja verschiedene Stellen involviert. Wie funktioniert da so die Governance? Wer hat da was wie zu sagen? Mit wem wird da überhaupt kooperiert? Und das war auch ein Thema, das mich besonders interessiert hat. Dazu habe ich auch nachgefragt. Also in Deutschland haben ja viele Institutionen damit zu tun. Also nicht bloß Geheimdienste usw, die eh, aber zum Beispiel auch das Auswärtige Amt. Deswegen sind die auch in dieser Gruppe drin. Die machen Cyberaußenpolitik, schimpft sich das. Die nutzen auch schon So sind Tools für die Social Media Analyse. Also so Open Source Intelligence. Dann gibt es das BMI, das ist für CyberInnenpolitik und natürlich die genannten Geheimdienste zuständig.

[00:15:31] Speaker1

Aber es gibt eben auch die Bundeswehr und die ist zuständig für Cyberverteidigung. Und da ja dort Desinformationen als Teil hybrider Kriegsführung verstanden wird, stellt sich natürlich eine Frage, wann und wie entschieden wird, ob eine bestimmte Desinformationskampagne jetzt Teil einer hybriden Kriegsführung ist. Dann wäre ja streng genommen gar nicht das BMI zuständig, sondern die Bundeswehr. Wenn das aber Social Media sind, die in Deutschland geteilt werden, dann ist es ja quasi ein Einsatz der Bundeswehr im Inland und irgendwie nicht kosher. Also ich finde das alles ziemlich kompliziert und habe dann also gefragt Was ist denn da eigentlich in so einem Fall? Und die Antwort war ja so lala. Also ja, das ist komplex, das hat man mir gesagt, ich weiß. Und man würde dann halt innerhalb der Behörden klären, einzelfallbezogen, wer da jetzt in diesem Spezialfall die Federführung hat. Aber es ist ja auch eine interministerielle Arbeitsgruppe. Wobei bis jetzt die Bundeswehr, also das BMVg, offensichtlich noch gar nicht drin ist. Das finde ich schon ein bisschen komisch, wenn die eigentlich da eine Rolle spielen. Man arbeitet aber auch ganz viel mit anderen Institutionen im In und Ausland zusammen. Ich habe zum Beispiel erfahren, dass war mir neu, dass vor einem Jahr ungefähr in Frankreich eine ähnliche Organisation gegründet worden ist. Mit der arbeitet man sehr eng zusammen. Wahrscheinlich lernt man auch ein bisschen von denen, wie man so was aufbaut. Schadet nichts, aber man kooperiert auch viel mit Schweden, mit Polen, mit Spanien natürlich, mit den Sicherheitsbehörden, also auch mit den Geheimdiensten, mit der Bundeszentrale für politische Bildung und auch mit der Zivilgesellschaft.

[00:17:01] Speaker1

Da wollte ich mal wissen Welche sind denn das? Wahrscheinlich AlgorithmWatch und noch ein paar andere. Aber ich fand es halt interessant. Aber das konnte man mir nicht beantworten. Das soll nachgereicht werden. Und natürlich spricht man auch mit den Plattformen. Die haben ja auch mit diesem Thema zu tun. Und da wurde uns erklärt, dass die Zusammenarbeit sich da extrem unterschiedlich gestaltet. Auch das kann man vermuten, ja. Also die einen, die gehen auch selber proaktiv gegen Desinformationskampagnen vor, die suchen danach und löschen dann auch Konten und andere machen halt nüscht. Manche sind konstruktiv mit der Regierung und andere halt nicht. Spannend ist bei sone Art Untersuchung natürlich auch die Frage welche Quellen benutzt man denn? Wo kommen denn die Daten her? Welche Methoden setzt man ein? Wie viel Ressourcen hat man? Also im Moment guckt man sich nur Russland an, weil sie halt gerade noch anfangen und noch ganz klein sind. Deshalb benutzt man vor allem russische öffentliche Quellen. Also man macht ein sogenanntes Narrativ Monitoring auf einschlägigen Plattformen. Man guckt sich da russische Medien an, Telegram Accounts etc. man sucht aber auch nach künstlicher Verstärkung dieser speziellen Narrative. Irgendwann kommen wahrscheinlich dann auch andere Länder dazu, die man sich anguckt. China zum Beispiel läge nahe, aber jetzt liegt erst mal der Fokus auf Russland und das ganze wird mit Osen Tools angeguckt.

[00:18:17] Speaker1

Ich wollte wissen, wenn man eigentlich Desinformation in Deutschland aufdecken will, dann reicht es doch nicht, wenn man sich nur russische Accounts anguckt. Das wurde nämlich zwei oder dreimal mal so erklärt, als würde es irgendwie nur um russische Telegram Accounts und so gehen. Aber man muss sich doch auch Social Media in Deutschland angucken, sonst entdeckt man ja nicht, ob das hier irgendwie verbreitet wird. Aber ja, das wurde logischerweise bestätigt. Man guckt sich natürlich auch Social Media in Deutschland an, Ein Einsatz von KI findet übrigens noch nicht statt. Macht natürlich aber total viel Sinn. Da bin ich sehr gespannt, ob man dann zum Beispiel Risk Assessments verwendet, ob man das evaluiert und alle diese Dinge, die man eigentlich tun sollte, wenn man KI Systeme im öffentlichen Dienst einsetzt. Und das gucke ich mir näher an, das ist nämlich auf jeden Fall geplant. Was mich auch interessiert hat Das Ganze schreit ja förmlich nach Forschung und nach Datenzugang. Datenzugang ist ja möglich über die Bundesnetzagentur im Rahmen des Digital Services Act. Allerdings geht es da um Daten für die Forschung, nicht für die Bundesregierung. Und die haben aber da auch nur 300.000 € Budget. Das ist ja echt wenig. Deswegen habe ich gefragt, ob sie denn auch eigene Forschungsmittel haben. Mir wurde nicht gesagt wie viel, sondern nur so pauschal. So? Ja, im Prinzip. Forschung total wichtig. Und da würde man auch was tun wollen. Kontakt zur Bundesnetzagentur hätte man aber noch keinen. Man sei aber noch im Aufbauprozess.

[00:19:36] Speaker1

Aber gerade mit der Zivilgesellschaft würde man auch wegen Forschung in Kontakt sein. Draußen vor der Tür, nach dem Digitalausschuss, da habe ich die Akteure, die da vom Team vor Ort waren, noch mal gefragt, weil ich hatte ja nur so wenig Sekunden zum Fragen. Das hat also im Digitalausschuss nicht gereicht. Aber ich habe sie da vor der Tür einfach gefragt Wie viel Geld hat denn das Team im Haushalt 25 und wie viel braucht es eigentlich? Und hier zeigt sich auch wieder ein ganz eklatanter Widerspruch zwischen dem, was gebraucht wird und dem, was verfügbar ist. Die haben nämlich aktuell im Haushalt 1,24 Millionen €. Sie brauchen aber neun, also 9 Millionen versus 1,24. Da muss schon relativ viel dran glauben. Eine interessante Frage, die mit dem Thema am Rande mindestens zu tun hat, ist auch der ganze Aspekt der Meinungsfreiheit. Es hat sich zum Beispiel ein Abgeordneter auf Ex bezogen, also Ex, Twitter, Elmo usw. Das wird ja vom Auswärtigen Amt auch gerne und häufig für Kampagnen benutzt, obwohl es massenhaft Plattformen für Desinformation ist, wo man auch sofort erkennen kann, wo die herkommt und was sie bezwecken soll. Und damit hat das BMI gesagt Na ja, das liegt ein bisschen daran, dass die Digital Services Act Regulierung einfach nicht greift bei so was. Und es müsste eigentlich Manipulation aus dem Ausland stärker reguliert werden. Aber weil Desinformation kein Straftatbestand sei, müssten die Plattformen dagegen ja gar nicht vorgehen. Aber es wäre doch ein Problem, wenn 100.000 Meinungen vorgegaukelt sind, die eigentlich gar keine sind, weil es bloß Fake News sind.

[00:21:15] Speaker1

Über Trollaccounts verbreitet werden, das die dann auch mal ein echtes AfD oder bsw Account Und weiterverteilt oder von mir aus auch FDP und Union. Das kann auch sein, aber die meisten davon sind halt echt Trolle. Das war die Position des BMI, dass man da das DSA Nachschärfen nachregulieren müsste. Ich bin mir da aber gar nicht so sicher. Ich glaube, das stimmt so gar nicht, denn für die VII OPs, die Very Large Onlineplattform, hat der DSA bereits Pflichten zu Risikominderungsmaßnahmen und die betreffen ausdrücklich auch Desinformationen. Aber natürlich kann man ohne Datenanalysen von außen schwer nachweisen, ob irgendwas eine gezielte Desinformationskampagne ist. Und diesen Datenzugang gibt es ja nur für Forschende über die Bnetza. Forschung braucht Zeit und auch Geld. Die BnetzA hat nur 300.000 € pro Jahr. Das ist nichts. Aber wir haben den DSA ja auch erst sehr kurz und Ergebnisse aus der Forschung sind da einfach noch nicht hinreichend da. Also das kann sich ändern mit der Zeit und vielleicht kickt dann der DSA ein und wird ein wirksames Mittel. Ist einfach noch zu früh zu sagen, Dass diese Very Large Online Plattform selber nur sehr begrenzt interessiert daran sind, solche Desinformationskampagnen aufzudecken. Das liegt total nahe, weil gerade solche polarisierenden Desinformationen bringen halt einen Haufen Klicks, Aufmerksamkeitsgewinne und das bringt Anzeigenerlöse und das ist Profit und You Know Kapitalismus. Aber ein Problem ist außerdem, dass die Meinungsfreiheit natürlich ein hohes Gut ist.

[00:22:42] Speaker1

Und es gibt Graubereiche. Da kam dann natürlich auch die Frage nach Zensur. Also wird da irgendwas gelöscht, irgendwas zensiert? Von uns hat da keiner dran geglaubt. Aber es gab dem BMI mal die Gelegenheit, klipp und klar zu sagen auf keinen Fall wird irgendetwas gelöscht, es wird auch gar nichts zensiert. Wörtlich wurde gesagt wir beobachten nur. Denn sie wollen erkennen. Sie wollen erkennen, wer mit welchen Botschaften versucht, wie zu beeinflussen. Man will also die Wirkung verstehen, Man will die Wirkung minimieren und man will auch die Bevölkerung resilienter machen. Das macht schon im Prinzip total viel Sinn. Vielleicht zum Schluss noch eine sehr seltsame Sache. Da gab es von einem FDP MdB ein Statement. Der schlug, was ja erst mal nicht doof ist vor. Auch einen Fokus auf die Stärkung der Medienkompetenz zu setzen. Ist dann aber nahtlos übergegangen, davon zu reden, dass auf Social Media Accounts irgendwie verifiziert sein sollten mit den echten Namen. Und es klang irgendwie so, als sollte das dann überall so sein. Also für mich ist das keine Lösung. Es muss auch natürlich immer möglich sein, anonym präsent zu sein in sozialen Medien, sonst. Also wenn ich mir vorstelle, ich zwingen Menschen auf XY, auf Facebook oder sonst wo diesen DatenkrakenGiganten auch noch meinen echten Klarnamen hinterherzuwerfen, das geht einfach nicht. Ich musste es auch machen, weil politische Personen und so, ich will ja die Reichweite mit meinem Namen verbinden. Aber es gibt ja auch Menschen, die sind vulnerabler, die die wollen auch nicht unbedingt identifiziert werden und das geht einfach gar nicht.

[00:24:18] Speaker1

Und das von der FDP, das fand ich schon wirklich weird. Das BMI hat dazu Stellung genommen und hat gesagt na ja, wegen rechtlicher Geschichten, da will man sich demnächst mal mit Minister Buschmann und dem BMJ unterhalten. Aber natürlich wäre auch die Resilienz der Bevölkerung super wichtig und das stimmt natürlich. Dazu würde man zum Beispiel kooperieren mit der Bertelsmann Stiftung. Da wurde Bezug genommen auf einen Bürgerrat zu Desinformationen, von dem ich noch nie vorher gehört habe. Aber den scheint es offenbar zu geben. Angekündigt wurde übrigens auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie, dass es eine Strategie gegen Desinformationen geben soll. Jetzt hat diese Bundesregierung eigentlich kein Mangel an Strategien. Das müsste ich eigentlich anders formulieren. An Papieren, die Strategien heißen, wäre die richtige Formulierung. Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt irgendeine Strategie für irgendetwas haben. Das sind nämlich zwei komplett unterschiedliche Dinge. Das eine ist eine Strategie und das andere ist Papier, wo es nur draufsteht. Also zukünftig gibt es dann auch noch ein Papier, auf dem draufsteht Strategie gegen Desinformation. Und mit ein bisschen Glück ist es die erste Strategie der Bundesregierung. Mein Fazit zu diesem Kram Es adressiert ein reales Problem, Aber nach ein paar Wochen und mitten im Aufbau kann man jetzt noch nicht unendlich viel von denen erwarten. Was mir weiter unklar ist, wie sich das mit den verschiedenen Ressorts dann am Ende koordiniert. Stichwort hybride Kriegsführung. Wie sich das abgrenzt mit Cyber, einen Cyberaußenirgendwas Politik und die Ressourcen sind natürlich absolut ungenügend.

[00:25:42] Speaker1

1,24 Millionen seriously für Personal, für Technik, für Aufklärungskampagnen zur Stärkung der Resilienz. Never. Das war jetzt natürlich meine eigene Steilvorlage zum Übergang fürs nächste Thema. Jetzt geht's nämlich nur noch ums Geld. Um die Haushalte 2025 für drei verschiedene Ministerien BMI, DVB, MWK und BMUV nicht abschalten, weil Geld ist wichtig. Drei wirklich wichtige Haushalte. Ich hatte unfassbar wenig Zeit dafür im Digitalausschuss. Hier habe ich zum Glück ein bisschen mehr. Ich hatte vier Minuten 42 Sekunden für drei Haushalte, die insgesamt 63 Milliarden Volumen auf sich vereinen. Also WTF? Ich bin ja ganz froh, dass ich über den Podcast wenigstens ein paar mehr Sachen sagen kann. Ich habe es glaube ich schon ein paar Mal gesagt, dass ich ja am Haushalt zeigt, welche Prio Politik hat und ob aus der Theorie irgendwann mal eine Realität wird. Es gilt tatsächlich der Grundsatz, den ihr alle kennt Ohne Moos nix los. Daher ist es ehrlich gesagt absolut unangemessen, mit so wenig Zeit die Haushalte abzuhandeln. Und das, wo es in diesem Jahr besonders knirscht. Es fehlen ganz viele Milliarden. Es sind Haushalte als Streichkonzerte, weil ich von meinen ganz vielen Fragen ganz viele überhaupt nicht losgeworden bin. 240 Sekunden. Und so werde ich das alles noch mal in eine Kleine Anfrage packen. Dann werde ich meine Fragen sowieso los. Und wenn die fertig ist und zurückgekommen. Vielleicht lässt ihr was davon in den Nachrichten. Auf jeden Fall werde ich es euch hier im Podcast ankündigen und in irgendetwelchen künftigen Shownotes auch verlinken.

[00:27:18] Speaker1

Wer sich diese Haushaltsdebatte komplett angucken will, der kann das machen, denn dieser Tagesordnungspunkt war öffentlich, wie auch der davor. Und ich verlinke euch die Mediathek im Bundestag. Auch in den Shownotes. Ich will euch zuerst erzählen vom BMW Car Haushalt, Wirtschaft und Klima. Der hat nächstes Jahr 10 Milliarden € zur Verfügung. 10,3. Ganz genau. Aber auch der musste Federn lassen. Fast 1 Milliarde € weniger, obwohl wir Inflation haben und die Preise steigen. Da ist natürlich spannend, wo denn da jetzt der Rotstift angesetzt worden ist. Da fand ich besonders interessant die Themen Nachhaltigkeit der Digitalisierung. Da sieht es richtig, richtig gruselig aus. Das wurde also massiv gekürzt von etwa 30 auf gut 20 Millionen, also 1/3 weg. Zum Beispiel bei Innovationen für Green Tech Dann interessiert mich natürlich die Umsetzung der europäischen Richtlinien. Also zum Beispiel die USA. Für die ist nämlich die Bundesnetzagentur zuständig. Da sitze ich im Beirat und deren Haushalt hängt im BMW K. Haushalt. Und die Bundesnetzagentur? Die kriegt ja total viele neue Aufgaben. Historisch ist sie zuständig für die Regulierung von Post, von Strom, von Gas, von Telekommunikation. Und jetzt kommt noch eine ganze Shitload von digitaler Aufsicht über europäische Richtlinien on top. Sie hat aber viel zu wenig Ressourcen dafür. Ich habe vorher per schriftlicher Frage mal abgefragt, weil ich den Überblick verloren habe und ja auch nur den Telekombereich kenne und nicht diese anderen. Welche neuen Aufgaben kriegt denn die Bundesnetzagentur seit Anfang 2024? Und was davon findet sich denn genau? Mit wie viel Geld im Haushalt 2025? Auf diese schriftliche Frage kriegte ich eine Antwort der Bundesregierung, die ein hervorragendes Beispiel dafür ist, wie man eine Antwort vermeidet und meine in sieben Parlamentsjahren tausendste Lektion, worauf ich bei schriftlichen Fragen auch noch achten muß.

[00:29:15] Speaker1

So habe ich nämlich nur nach Haushaltsmitteln gefragt und nicht noch mal explizit aufgeschlüsselt, dass ich Sachmittel und Personalkosten meine. Und schwupps, kriege ich dann eine Antwort mit so einer Tabelle drin. Und da stehen dann die neuen Aufgaben der Bundesnetzagentur in der einen Spalte und in der anderen die Sachmittelkosten. Und darüber steht alles, was die Bundesnetzagentur angefordert hat, an Sachmittel Das steht im Haushalt 25 auch drin. Jo, die Sachmittelkosten haben mich genau null interessiert. Ich wollte die Personalbudgets. Jeder, nicht nur ich, sondern alle, die in der Bundesregierung gefragt wurden, wussten ganz genau, dass ich das wissen wollte. Die wussten, wo der Hase im Pfeffer liegt und haben das absichtlich nicht beantwortet. Ich könnte mich zu Dreck ärgern und die nächsten Male werde ich immer explizit Personalkosten reinschreiben. Aber man hat ja auch andere Quellen. Und diese anderen Quellen habe ich natürlich benutzt. Fakt ist, das stand auch drin in der Antwort der Bundesregierung. Die Bundesnetzagentur hat sehr viele neue Aufgaben, unter anderem für die Umsetzung eines EuGHurteils für das Energiewirtschaftsgesetz. Für die Umsetzung des Postrechtsmodernisierungsgesetz. Das lese ich gerade ab. Könnt ihr euch denken, kann sich ja kein Schwein merken.

[00:30:28] Speaker1

Diese seltsamen Gesetze haben das moderne Schienengesetz. So heißt ja heute alles Gute Kita Gesetz, moderne Schiene Gesetz. Und dann gibt es noch was, wo die zuständig sind. Irgendwas mit Datenaustausch zu Kurzzeitvermietungen. Von all dem habe ich genau null Ahnung und noch nie vorher gehört. Aber in der Tabelle stehen auch Dinge, mit denen ich viel zu tun habe, nämlich über den Digitalausschuss, der Digital Services Act, den ich schon angesprochen habe, und der Data Governance Act. Angekündigt wurden auch weitere neue Aufgaben, die noch nicht gesetzlich verankert, im Prinzip aber schon entschieden sind, dass die auch der Bundesnetzagentur Netzagentur übergeholfen werden. Per Twitter zum Beispiel wurde mitgeteilt, dass die Bundesnetzagentur auch zuständig ist für die KI Verordnung, also für die Aufsicht in Deutschland. Sie soll zuständig werden für den Data Act als Aufsichtsbehörde. Sie soll eine Rolle spielen bei der Umsetzung der zwei Richtlinie der Europäischen Union und beim Kritis Dach Gesetz. Beides hat mit Sicherheitsfragen zu tun. Ich habe also meinen Finger in diese Wunde hineingelegt und erzähle euch dann später, wenn es um die Debatte geht, was dabei rausgekommen ist. Was mich aber auch interessiert hat, ist oder aufgeregt trifft es eigentlich eher. Was mich auch aufgeregt hat, ist, dass für das Thema digitale Souveränität und Förderung von Open Source weniger Geld da sein wird und dass man bei der Digitalisierung der KMU den Rotstift angesetzt hat. Das Programm Mittelstand digital, das kriegt über 6 Millionen € weniger. Das ist besonders misslich, denn das BSI hat zum Beispiel ja auch beim Mittelstandsprogramm gekürzt, und zwar richtig krass.

[00:32:00] Speaker1

21 Millionen € weniger für IT Sicherheit im Mittelstand. Aber ich will nicht nur meckern, es gibt auch gute Nachrichten. Genau eine. Aber das sind wirklich gute. Das Bundeskartellamt. Die ganze Zeit am langen Arm verhungern lassen, beschäftigt sich ja unter anderem auch mit digitalen Monopolen und Machtmissbrauch. Das kriegt endlich mehr Ressourcen. Plus 10 Millionen €. Das ist wichtig, das ist überfällig. Und da will ich doch auch mal die Ampel loben. Viel Lob ist ja eh nich. Ja, die Einführung ins Thema für das BMWi hat Anna Christmann gemacht. Die ist die Koordinatorin für Luft und Raumfahrt im BMWK. Die hat also unter anderem erzählt, dass es ja den berühmten Klimatransformationsfonds gibt, der, der eine gewisse Verfassungskrise ausgelöst hat. Oder sagen wir mal, eine Haushaltskrise. Und dass es da immer noch 5 Milliarden für Halbleiterförderung gibt. Und da liegen immer noch 2,79 Milliarden € für Intel herum. Intel, ihr erinnert euch, wollte er in Magdeburg oder bei Magdeburg ein riesengroßes Chipswerk bauen. Dieser Werksbau ist vorerst gestoppt. Es ein bisschen unklar, ob und wann das da jetzt weitergeht. Klar ist auf jeden Fall In 2025 braucht man die Kohle nicht. Das heißt, um diese 2,79 Milliarden geht jetzt offenbar das Gezerre los, was man damit macht. Für Digitalthemen soll es insgesamt im BMWKhaushalt laut Anna Christmann 500 Millionen € geben. Dann gab es eine ganze runtergerettete Liste mit Millionen Euro für dieses und für jenes. Die erspare ich euch vielleicht nur 231 189 Millionen soll es geben für die Cloud.

[00:33:34] Speaker1

Dass ein EU Großvorhaben. Da geht es also vor allem darum, Next Generation Clouds und Edge Infrastrukturen zu fördern und aufzubauen. Zwei Zahlen will ich euch noch sagen, nämlich Einmal gibt es 31 Millionen weiterhin für Gaiacks. Das hat der ein oder andere schon als Totgeburt bezeichnet. Und da habe ich leider den Überblick verloren, ob es schon ganz tot ist oder nur halb tot oder eigentlich megageil. Das weiß ich nicht so genau. Wenn ihr dafür Feedback habt, sagt mir Bescheid. Unter Hashtag der Podcast könnt ihr mich auf einer Million Kanälen erreichen. Wo und wie findet ihr auch in den Shownotes verlinkt. Dann noch eine letzte Zahl 9 Millionen € gibt es für das Dateninstitut. Ab 2026 soll es übrigens sogar dauerhaft finanziert werden. Dann kriegt es 10 Millionen, also ein bisschen mehr. So nach dem Motto Wenn wir weg sind als Ampel, gibt es wieder mehr Geld für alle. Das haben wir öfter gehört. Interessant sind aber gar nicht diese 9 Millionen. Interessanter war ein Nebensatz, nämlich das Dateninstitut, das sich im Aufbau befindet. Wer schon sehr lange zuhört und auch noch in Zeiten, als der Podcast noch gar kein Podcast war, sondern noch in anderen Formaten daherkam, der erinnert sich vielleicht, dass er den Nebensatz Das Dateninstitut ist im Aufbau schon im letzten Jahr und im vorletzten Jahr gehört hat. Da passiert einfach nix. Also das ist der Moment, wo Anke sich sagt da musst du doch mal ausführlicher nachfragen.

[00:34:52] Speaker1

Bin ich sehr neugierig? Ja, und dann ging es in die Debatte. Alle drei Haushalte haben wir übrigens gemeinsam diskutiert. Ich habe das jetzt für euch mal ein bisschen separat sortiert. Ich habe also meine ganze erste Fragerunde. Insgesamt gab es 220 fette Sekunden. Jo, habe ich den BMW k gewidmet, nämlich einmal eine Frage zum Sovereign Tech Fund. Diese Bundesregierung erzählt ja immer und überall und schrieb sie auch im Koalitionsvertrag, wie wahnsinnig wichtig ihr die Förderung von Open Source ist. Und in der Theorie klang das auch immer sehr schön. Aber jetzt soll der Souverän Tech Fund um 1 Million gekürzt werden auf nur noch 15 Millionen. Und ich wollte natürlich wissen, warum. Wer nicht genau weiß, was das für ein schräger Fonds ist. Ja, die meisten wissen das, vermute ich mal, der ist wirklich wichtig, denn er fördert eine Open Source Basisinfrastruktur wie offene Standards, wie bestimmte Bibliotheken, die man so einbaut und irgendwelche Softwareanwendungen. Und im Prinzip sind alle diese Dinge eine Grundlage für die Digitalisierung an sich, für das gesamte Open Source Ökosystem. Die können aber auch eingebaut werden in andere Anwendungen. Also das brauchen wir für mehr digitale Souveränität, auch für mehr IT Sicherheit in ganz vielen Anwendungen ist so Kram verbaut. Und manchmal einzelne Bibliotheken von Einzelpersonen gepflegt unter prekären Verhältnissen. Das kann, wenn die überlastet sind, auch zu Sicherheitsrisiken führen. Haben wir alles schon erlebt. Deswegen haben wir alle was davon, wenn der Sovereign Tech Fund da fördert.

[00:36:19] Speaker1

Die Antwort des BMW. K Ja, es ist schon doof. Das liegt an den allgemeinen knappen Ressourcen. Aber der Sovereign Tech Fund soll arbeitsfähig bleiben. Hä? Was denn? Das für eine Formulierung Arbeitsfähig bleiben? Er soll auch künftig wieder stärker werden. Jo, das hier, das ist der letzte Ampel Haushalt auf vermutlich längere Zeit. Und ob künftige konservative Regierungen Open Source fördern werden? I'm not so sure. Gefragt habe ich dann aber auch noch mal zur Bundesnetzagentur, und zwar zur Umsetzung des DSA. Da gibt es ja als rechtliche Basis, als gesetzliche Grundlage das digitale Dienstegesetz. Und laut diesem Gesetz ist die Bundesnetzagentur, die zuständige Behörde für die Plattformaufsicht, zuständig für die Aufsicht über PI mal Daumen 5000 digitale Dienste in Deutschland. Und im Gesetzentwurf gibt es immer eine Überschrift, die nennt sich Erfüllungsaufwand. Und da im Erfüllungsaufwand steht in diesem Gesetz von diesem Hause im Bundestag verabschiedet drin Der Personalbedarf sind 99 Stellen. Ich bin auch im Beirat der Bundesnetzagentur, daher habe ich da auch belastbare aktuelle Zahlen. Aktuell hat die Bundesnetzagentur 15 Stellen, 33 Stellen wandern gerade vom BMJ rüber. Die war nämlich zuständig für das NetzDG. Das ist ja durch das DSL weggefallen. Aber 15 und 33 macht nach Adam Riese 48 Stellen. Deswegen habe ich mal ganz eindeutig gefragt Wie soll die Bundesnetzagentur mit 50 % der Stellen 100 % ihre Aufgaben erledigen. Die Antwort war natürlich nicht so einfach. Und da wurde auch ein bisschen rumgeeiert. Ja, die Bundesnetzagentur hat ganz viele neue Aufgaben. Die Relevanz, dass man dann da auch für mehr Stellen braucht, die sei noch nicht so überall klar.

[00:38:05] Speaker1

Das sei schon ein gewisses Missverhältnis. Oh ja, so kann man das formulieren. Die Verhandlungen würden ja auch noch laufen. Und ja, bis jetzt hätte man leider keine nachhaltige Lösung gefunden. Und das parlamentarische Verfahren sei ja total wichtig. Ich bin stolz darauf, zu diesem parlamentarischen Verfahren beigetragen zu haben. Vielleicht wird ja jetzt noch ein paar Stellen mehr werden jetzt noch ein paar Stellen mehr geschaffen? Im Prinzip hat sie mit anderen Worten gesagt, dass der aktuelle Haushaltsentwurf die eh schon existierende Unterfinanzierung der Bundesnetzagentur noch ganz krass verschärft und dass sie ihre Aufgabe als digitale Aufsichtsbehörde dann ehrlich gesagt nur ungenügend wahrnehmen kann. Und das schadet vor allem Verbraucherinnen in Deutschland. Deren Rechte werden nämlich schlechter unterstützt. Es schadet aber auch kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht irgendwie riesige Compliance Abteilungen mit Rechtsanwältinnen haben, die darauf angewiesen sind, zum Beispiel Unterstützung zu bekommen, wie sie denn am besten mit den vielen verschiedenen EU Regelungen Compliance sein können. Also wirklich kacke, dass die Bundesnetzagentur so wenig Ressourcen dafür hat. Diskutiert wurde auch, warum die Potenziale der digitalen Wirtschaft zum Beispiel um 40 % gekürzt werden. Selbst unsere Wirtschaft ist mit der Digitalisierung hintendran. Also warum genau da -40 %? Die Antwort finde ich ehrlich gesagt nicht überzeugend. Die war nämlich na ja, das Programm läuft aus. Ja, das ist ja das Problem. Also es ist das Problem, dass das Programm ausläuft, aber man hätte das halt jetzt so priorisiert.

[00:39:36] Speaker1

Ich ahne schon, die Antwort ist nicht immer 42, sondern die ist immer Christian Lindner. Es wurde auch gefragt. Leider nicht von mir. Hätte auch von mir sein können, was denn eigentlich so die Ergebnisse des jetzt auslaufenden superteuren Programms Schaufenster sicherer digitaler Identitäten sei. Also was an Ergebnissen kam dabei heraus? Ihr werdet es jetzt auch nicht erfahren. Die Antwort war nämlich nur Müssen wir mal gucken, was sich ergibt aus den Projekten. Da ist so viel Kohle geflossen. Ich habe jedes Jahr geweint bei den Haushaltsverhandlungen. Fast literally. Das ist nämlich Blockchain. Kackscheiße. Mehrere Jahre wurde jährlich 40 bis 60 Millionen Euro dafür ausgegeben. Wenn ihr das jetzt noch mal mit Sovereign Tech Fund oder Open Source Förderungen oder anderen Sachen vergleicht, dann wisst ihr, dass es ein absolutes Missverhältnis. Und dann weiß man nicht mal als zuständiges Ministerium, ob es was gebracht hat. Auswendig? Also hm, da hätte ich andere Erwartungen. Naja, das wurde jetzt nicht besser beim nächsten Haushalt. Das ist der Haushalt für Umwelt und Verbraucherschutz. Dieses arme Ministerium, das tut mir ganz extrem leid. Das hat nämlich ein besonders mickriges Haushaltsvolumen. 2,65 Milliarden. Ich hatte euch vorhin schon mal eine Zahl genannt. Vielleicht erinnert ihr euch. 2,7 Milliarden ist das geplante Fördervolumen für Intel. 2,65 hat das komplette Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz weniger als die Investmentförderung eines einzelnen Großunternehmens. Auch hier ist natürlich besonders interessant für mich Was passiert eigentlich mit Nachhaltigkeit? Und Digitalisierung? Wird übrigens zusammengestrichen. Gibt es 10 Millionen weniger? Da hat nur das Programm Reparieren statt wegwerfen mit 4,5 Millionen überlebt.

[00:41:23] Speaker1

Der ganze Rest war weg. Gibt nichts mehr für nachhaltige Rechenzentren. Alles weg. KI Förderung fast halbiert. Das ist ja einerseits eine gute Nachricht, ist ein absolutes Hypethema. Wenn das unfassbar viel Kohle geflossen ist und auch im nächsten Haushalt noch fließt. Wie viel, konnte uns übrigens niemand beantworten. Andererseits ist es in diesem Fall aber auch wieder blöd, denn gekürzt hat man vor allem beim Thema, wie man KI nachhaltiger betreiben kann. Und das ist eine total wichtige Frage, weil wir haben ja immer mehr KI. Wir haben einen ganz krassen Stromverbrauch durch KI, aber dann wird halt gekürzt bei KI fürs Gemeinwohl, bei KI für Umwelt und Klima. Und es gibt für alles das nur noch 18 Millionen statt 30.. Vonseiten der Bundesregierung gab es keine angemessene Vertretung. Kein Staatssekretär, keine Staatssekretärin hatte irgendwie Zeit für uns. Das ist sehr unüblich, wurde auch kritisiert. Und die Vertretungen, die man da so aus der Arbeitsebene geschickt hat, die sprach dann halt von dem Problem Auslaufen der Konjunkturpakete, von harten Haushaltszeiten und dass man deshalb die Mittelstandsförderung Greenhouse eingestellt hat. Auch eins von den KI Vorhaben, aber eins mit grünem Fokus. Und das auch die Zukunft des Big Data Projekts im Umweltbundesamt auf der Kippe steht. Das ist ein sogenanntes KI Labor. Ob es da weitergeht oder nicht, sei noch offen und leider auch ein Förderprogramm für die Förderung der Kreislaufwirtschaft in Bezug mit Digitalisierung läuft auch aus.

[00:42:50] Speaker1

Das Thema Green IT, das wird jetzt irgendwie anders weiterleben. Ich habe es nicht ganz verstanden. Das war sehr verklausuliert und auch nur sehr kurz. Das soll irgendwie als OZG Thema mit den Ländern weiter gemacht werden. Don't know. Früher war es bei BMU angesiedelt und ich ahne nichts Gutes. In der Debatte habe ich zuerst nachgefragt zu dieser Kürzung zum Thema nachhaltige Digitalisierung. Also wir wissen ja, dass der Impact von Rechenzentren und Datenströmen immer größer wird, aber dass man da trotzdem so streicht. Ich kann es nicht verstehen. Selbst wenn Green Coding bei energieeffizienter Software da gab es im letzten Jahr noch 0,5 Millionen, also im aktuellen Jahr 2024 im nächsten Jahr gar nichts mehr geben, nicht mal mehr diese 500.000 €. Aber und darauf bezog sich dann meine Frage. Manchmal gibt es da sogar Geld, aber es kommt halt trotzdem nicht an. Ihr erinnert euch, das Thema Repair Cafe ist mir ja wichtig. Es gab da 2023 schon 2 Millionen im Haushalt, die aber mangels Förderrichtlinien einfach komplett verfallen sind. 2024 sind 3 Millionen vorgesehen für Repair Cafes. Da hatte ich Anfang September per schriftliche Frage nachgefragt und die Antwort bekommen Das kommt noch. Jetzt ist es Wochen später. Wir schreiben Mitte Oktober und es gibt immer noch nicht diese Förderrichtlinie. Also ich weiß nicht, wann und ob die noch kommt, aber selbst wenn sie übermorgen käme, wie sollen denn Repair Cafes noch Mittel abrufen? Versprochen wurde vom Vertreter des BMUV, dass sie auf jeden Fall in den nächsten Tagen kommt.

[00:44:19] Speaker1

Sie ist quasi fertig. Drei Sekunden später hat er gesagt Oder ein paar Wochen. Also vielleicht wird es ja doch noch November oder Dezember, bis es kommt. Und das Ganze soll über eine gemeinnützige Stiftung gechannelt werden. Und das soll eine sehr schnelle Weiterleitung der Mittel an Repair Cafes ermöglichen, so dass er total sicher ist, dass das in 2024 noch klappt. Und er ist auch total sicher, dass in den nächsten Jahren mehr Geld fließen soll. Also wer aufgepasst hat nächstes Jahr ist die nächste Regierung für den Haushalt zuständig, also für den danach 2026. Das ist dann, wenn nicht mehr Grüne das Umweltministerium leiten werden. Da hofft man als Grüne im Umweltministerium, dass die anderen danach vielleicht Konservative, man weiß es ja nicht mehr Geld für Reparieren statt Wegwerfen, investieren. Ich weiß nicht, wer da noch einen gewissen Optimismus hat. Ich nicht. Ja, das Umweltbundesamt, das hat in der Tat ein KI Labor. Zudem wurde auch noch mal nachgefragt Hat der ja am Anfang gesagt, die Zukunft sei unsicher. Das gibts erst seit Oktober 23. Also gerade hat es 1-jährigen Geburtstag. Die Strukturen sind aufgebaut. Was passiert denn dann damit? Aber da passiert offenbar gar nichts damit. Das ist noch für genau ein Jahr finanziert. Also es darf noch das nächste Jahr leben, dann wird es zweiten Geburtstag feiern. Wahrscheinlich kann es dann gerade vernünftig laufen und bevor es dann Stützräder am Fahrrad hat, ist Schluss. Dann wird es wahrscheinlich abgewickelt. Aber vielleicht kommt ja eine konservative Regierung und findet das toll, wenn das Umweltbundesamt da mehr Geld kriegt, vielleicht.

[00:45:56] Speaker1

Interessant ist aber auch das Thema Verbraucherschutz. Das heißt, der BMU Vdas ist dasvdie Frage, wie wir den Verbraucherschutz im Haushalt finden. Das konnte dieser Vertreter des Umweltministeriums, wie gesagt kein Staatssekretär nicht beantworten. Der hat komischerweise gesagt, wir finanzieren ja den Verbraucherzentralen Bundesverband. Die machen auch digitale Projekte. Wir hatten nach digitalen Verbraucherschutz gefragt und damit war das für ihn erledigt. Also das konnte man so nicht stehen lassen. Da kamen zum Beispiel Fragen wie Cybersicherheit ist doch auch eine Frage des Verbraucherschutzes. Muss man nicht die Bürger besser aufklären über PhishingGefahren und sie besser davor schützen. Was macht denn da das BMUV? Worauf der Mitarbeiter zurecht hinwies Sie sind ja nur ein sehr kleines Haus, also Budget kleiner als die Intel Förderung. Ihr erinnert euch? Dann wurde es aber ein bisschen weird. Er hat nämlich erklärt, es gebe ja ein früher vom BMU gefördertes Zentrum für vertrauenswürdige KI. Die existieren als gemeinnütziger Verein weiter. Und die würden ja so was machen. Nee, also ein KI Zentrum. Ein Zentrum für vertrauenswürdige KI macht keine PhishingAufklärung als Verbraucherschutz für Bürgerinnen. Das ist schon wirklich ein bisschen blöd, wenn ein Ministerium Leute schickt, die nicht aussagefähig sind. Ich hatte aber Geld gefunden, das sich so anhörte, als wäre es digitaler Verbraucherschutz. Im Haushalt stehen nämlich irgendwo 1,6 Millionen € in einem Titel. Der schimpft sich Innovation und Verbraucherschutz. Und deswegen habe ich gefragt Was ist das denn? Sind es irgendwie? Können es AGB Interpretierer sein oder intelligente Cookiemanager, die einem das Leben leichter machen.

[00:47:32] Speaker1

Online. Ich habe darauf im Prinzip gar keine Antwort gekriegt. Da kam einfach nur Das richtet sich nach der Förderrichtlinie. Da steht dann drin, wofür? Das ist okay. Weißte Bescheid? Hab ich mir die schöne Frage Sekunden sparen können, die leider dann auch mein komplettes Budget aufgebraucht hatten. Es gab ja noch einen dritten Haushalt, nämlich den Haushalt des Digital und Verkehrsministerium, für den ich keine einzige Sekunde übrig hatte. Aber ich erzähle euch trotzdem was und ich verspreche, ich werde eine kleine Anfrage hinterherschicken. Das BMDF. Das ist nicht so ein kleiner, mickriger Haushalt, das hat 50 Milliarden €. Das ist nach BMAS und BMVG der drittgrößte Haushalt, davon übrigens ein sehr, sehr hoher Investitionsanteil. Das sind 35 Milliarden €, die da investiert werden. Das sind über 40 % der gesamten Investitionen des Bundes. Aber nicht, dass ihr denkt, das geht jetzt irgendwie alles in Breitband oder so total viel digital. Nein, nein, Es heißt der BM EDV und diese Investitionen gehen überwiegend in der SV, also in den Verkehr. Das ganze Kapitel Digitale Infrastruktur im Haushalt BM EDV hat 3,5 Milliarden. Mehr ist da gar nicht drin. Das klingt nominell sogar mehr, als es in diesem aktuellen Jahr gab. Das sieht aber nur so aus, weil man hat ein bestimmtes Sondervermögen für den Breitbandausbau aufgelöst und hat eigentlich nur von einer Schublade in die anderen gepackt. Tatsächlich gibt es zu diesem Thema eher bittere Neuigkeiten.

[00:48:53] Speaker1

Dazu komme ich gleich noch. Am Anfang hat die Staatssekretärin Kluckert aus dem BMVauch eine kleine Einführung gegeben. Ich lasse mal das BLA weg, dann bleibt nicht mehr so viel übrig. Sie hat sehr auffällig betont und das war das, was mir hängen geblieben ist, dass alle sogenannten Fastlane Projekte aus 2024 bewilligt werden sollen. Da geht er sofort das Gehirn los. Warum? 2024? Wir reden doch gerade über den Haushalt 2025. Was ist denn eigentlich mit den anderen Projekten? Wer gerade nicht weiß, was fastlane Projekte sind Es gibt ja eine sehr große Breitbandförderung seit vielen Jahren, jedes Jahr neu, immer eine Förderrichtlinie. Und da stellt man üblicherweise so einen Förderantrag mit einem bestimmten Punktesystem, unter anderem, wie schlecht die vorhandene Breitbandversorgung in einem bestimmten Gebiet ist. Fastlane sind dann Anträge mit besonders schlecht versorgten Gebieten, die also einen bestimmten Punktestand haben. Was das bedeutet, wird sich gleich in der Debatte klären. Ich kläre euch dann auch auf. Staatssekretärin Kluckert hat auch darauf hingewiesen, dass von der Bewilligung eines Förderantrags bis zu dem Moment, wo eine Glasfaser tatsächlich im Boden liegt, bis zu sieben Jahre vergehen. Der Backlog ist also riesig. Bewilligt sind in den letzten Jahren so auf akkumuliert schon 16 Milliarden €. 4,5 Milliarden sind abgerufen, also ausgezahlt. Und das geht immer erst, wenn die Glasfaser im Boden liegt, also der letzte Bauarbeiter bezahlt ist. Dann ging es in die Debatte. Ganz kurz wurde wie jedes Jahr bei Haushaltsberatungen mal wieder nach dem Digitalbudget gefragt.

[00:50:25] Speaker1

Steht ja im Koalitionsvertrag. Aber die gleiche Antwort wie jedes Jahr. Murmeltiermoment. Murmeltiertag. Moment, das müssen die Ressorts selber priorisieren. Also mit anderen Worten was schert mich, was im Koalitionsvertrag steht? Aber es wurde auch noch hinterhergeschoben Geld ist gar nicht das Problem. Geld, zu viel Geld für den Nutzer, Verfransung und viel geiler sei ja die tolle Digitalstrategie, die man hat mit einem Fokus auf Leuchtturmprojekte und die dann auch noch sehr schön zu monitoren. Das wäre eigentlich viel wichtiger als Geld. Und dann waren wir eigentlich gleich schon beim Hauptthema. Nämlich der Glasfaserausbau Förderung. Das brauchte mehrere Nachfragen von etlichen Abgeordneten, um die Fakten herauszukitzeln. Und die gibt es jetzt für euch in geballt. Tatsache ist also, in diesem Jahr standen im Haushalt 3 Milliarden und die werden um 1 Milliarde gekürzt. Deswegen sprach sie von 2024. 2025 sollte es nur noch 1 Milliarde geben statt drei. Da wird also jetzt in 2024 1 Milliarde gespart. Über den Zaun geworfen. Nach Januar und steht dann im Jahr 2025 zusätzlich zur Verfügung, sodass es nicht nur 1 Milliarde ist, sondern zwei, was immer noch 1 Milliarde weniger ist, als man eigentlich geplant hatte. Das meinte nämlich die Staatssekretärin bei der Intro, als sie gesagt hat alle fastlane Projekte werden bewilligt, das heißt alle anderen werden genau null bewilligt. Diesmal im Ausschuss. Seit diese Koalition ihre Arbeit aufgenommen hat, wurde uns das Mantra gepredigt Jedes Jahr, solange die Koalition existiert, gibt es 3 Milliarden Förderung. Glasfaserausbau bis zum Ende der Koalition todsicher.

[00:52:03] Speaker1

Diese Ansage ist jetzt einfach Makulatur. Das letzte Mal ist erst wenige Monate her. Das neue Mantra wurde uns erklärt Das ist gar nicht nötig. Der private wirtschaftliche Ausbau ist eh am wichtigsten. Außerdem bremste die staatliche Förderung nur den privatwirtschaftlichen Ausbau. Und dazu kommentiere ich mal was. In der Tat wollen große Telekomkonzerne lieber selber ausbauen, weil dann müssen sie kein Open Access machen und keine anderen Unternehmen auf ihre Fasern rauf lassen. Bis jetzt wird das eh blockiert, obwohl das Regel ist. Aber das soll sich ändern. Es soll also irgendwann tatsächlich Open Access möglich sein, wo gefördert ausgebaut wurde. Also lieber möchten die das ohne Förderung, weil dann können sie ihre Netze schließen und alleine die Kuh melken. Sie brauchen aber viel mehr Zeit für alles. Und natürlich wollen sie zuerst da ausbauen, wo es sich am meisten lohnt, weil man auch dann mehr Profit macht. Und das, ihr könnt es erraten, sind nicht die Dörfer in der Prignitz. Die Förderung ist also zuerst dort, wo sich es nicht lohnt. Und das ist nicht im Interesse der Unternehmen. Für die ist das allerbeste. Großunternehmen muss ich unterscheiden, sagen wir mal bis 2040 auszubauen, sich total viel Zeit zu lassen mit möglichst wenig staatlichen Mitteln, nur da, wo es sich überhaupt nicht lohnt. Und das aber als letztes Und gibt es viel Förderung. Also gäbe es 3 Milliarden. Dann baut ja Gott bewahre irgendwie anders aus. Dann kommt er vielleicht ein Stadtwerke Verein oder ein Stadtwerke Unternehmen oder kleinere Unternehmen.

[00:53:32] Speaker1

Das ist dann Bad for Deutsche Telekom Business und bald für Vodafone und all die anderen. Der Lobbyismus dieser sehr großen Telko Konzerne ist wirklich krass. Und die FDP wollte immer gern die Förderung senken und hat immer gesagt, dass die Unternehmen das fordern. Und die Unternehmen heißt bei der FDP immer die ganz großen Unternehmen. Und jetzt ist die Stunde gekommen, wo sie es einfach mal machen können. Übrigens nur so sieht Not in Wissings Gigabitstrategie. Da steht sogar drin Sollte der Gigabit Ausbau zu schnell gehen, dann werden die Programme gedrosselt. Zu schnell heißt wenn alle Haushalte Gigabit haben vor 2030. Natürlich ist das nicht der Fall. Jetzt wird also auch gedrosselt, ohne dass 2030 alle Gigabitanschlüsse haben. Aber wir wissen ja von der Förderung bis zum Ausbau dauert es sieben Jahre, wurde uns erklärt. Das heißt, was heute bewilligt wird, da gibt es die Glasfaser im Jahre 2032. Obwohl wir ja alle laut Ampel 2030 schon Gigabitanschlüsse haben. Merkt ihr auch, oder? Naja, die Ampelpartner haben sich übrigens einlullen lassen vom Geschwätz der FDP. Von der grünen Seite kam dann nach dem Verweis auf Aber die Privatwirtschaft baut ja ganz viel aus. Nur der Satz Da bin ich ja beruhigt, ich bin da nicht beruhigt. Und dann wurden wir auch noch mit allen möglichen Zahlen erschlagen. 3000 Projekte in der Förderung, Ja oder Ja, da. Das erspare ich euch. Keinen Erkenntnisgewinn. Interessant war noch eine Frage zu 20 Millionen für die MiG. Die MiG ist die Mobilinfrastrukturgesellschaft.

[00:55:02] Speaker1

Die sind auch im nächsten Haushalt wieder drin. Und die Frage war wofür? Und eigentlich auch für die Abwicklung. Wer sich nicht mehr erinnert, die MiG, die wurde am Anfang dieser Koalition, ich glaube sogar schon in der Vorgängerregierung geschaffen und sollte 1000 Funklöcher schließen. Vor ein paar Monaten waren es immer noch null, also geschlossene Funklöcher. Trotzdem soll sie planmäßig Ende 2025 abgewickelt werden. Die 20 Millionen € soll nicht die Abwicklung bezahlen, sondern für auslaufende Projekte sein. Ich hätte so gerne nach den Millionen gefragt, die in dieses schwarze Loch versenkt werden. Aber ich hatte ja keine Zeit mehr. Also in a nutshell Haushaltsverhandlungen sind nicht spaßig, aber Geld lügt nicht und Haushaltstitel verraten die Wahrheit über eine Regierung. Besonders übel wird es übrigens im Digitalhaushalt des BMI. Dazu gibt es aber in der nächsten Folge mehr. Last but not least aber dafür ultra kurz, geht es um den Antrag der Union zum Data Act. Das war hier schon öfter Thema. Da geht es um die Umsetzung der EU Richtlinie zur besseren Nutzung von IoT Daten. Das war vor allem eine komplett sinnfreie Debatte. Die Ampel hat auf einen Großteil ihrer Redezeit verzichtet. Daher gibt es hier jetzt auch nicht viel zu erzählen. Aber ich gebe euch noch ein paar Hinweise mit Links auf mehr Info, zum Beispiel zu meiner Rede. Ende September habe ich zu dem Thema geredet. Ihr könnt sie euch anhören. Und es gab im März 24 schon mal eine ausführliche Ausschussdebatte dazu.

[00:56:26] Speaker1

Die verlinke ich euch, auch wenn sich einer genauer anhören will. Anwesend vonseiten Bundesregierung waren weder Daniela Kluckert und Anna Christmann vom BMJV und vom BMK. Die sind nämlich beide federführend gemeinsam zuständig. Und eine echte Neuigkeit gab es doch. Die hat Anna Christmann vom BMWK geteilt, nämlich dass jetzt hochhoffiziell die Bundesnetzagentur die alleinige zuständige Stelle werden soll, für die Umsetzung des Data Acts, nicht koordinierend für mehrere Stellen. So ist ihre Rolle noch als Digital Services Koordinator beim Digital Services Act, sondern als einzige zuständige Stelle. Das soll nämlich bestimmte Dinge beschleunigen und Bürokratie senken. Daniela Kluckert hat aber trotzdem betont, dass weitere Behörden hinzugezogen werden müssen und werden. Nämlich Automotive Bereiche. Aber die haben dann keine Vetorechte und keine formellen Zuständigkeiten. Das hat dann noch mal eine Nachfrage provoziert, denn es gibt ja Grenzfälle zwischen IoT Daten, die also reine Maschinendaten sind und personenbezogenen Daten. Also wenn ich zum Beispiel in so einem Auto fahre, dann sind die Bewegungsdaten ja durchaus personenbezogen. Was gilt denn dann? Datenschutzgrundverordnung oder Data Act? Wer ist denn da zuständig? Ist es der BfN die BfN im Moment oder ist es die Bundesnetzagentur? Da unterscheiden sich Sanktionen bei Verstößen. Alles das ja. Wie wird denn das geklärt? Das soll noch erarbeitet werden, aber primär soll alles über die Bundesnetzagentur laufen. Das ist schon ein bisschen schräg, denn wenn IoT Daten einen Personenbezug haben, sollten sie eigentlich formell gar nicht Gegenstand des Data Act sein. Und dann ist es die Antwort an der Frage vorbei, weil dann ja eigentlich nicht wirklich die Bundesnetzagentur zuständig wäre.

[00:58:07] Speaker1

Meine Meinung zu dieser Auskunft, dass die Bundesnetzagentur die einzige zuständige Stelle sein soll, habe ich natürlich gleich nachgefragt, nämlich wieder nach Personalstellen im Haushalt. Der Data Act gilt nämlich ab September 2025 auch in Deutschland. Es braucht also im nächsten Jahr eine arbeitsfähige zuständige Stelle. Und wenn die arbeitsfähig sein soll, braucht sie auch Stellen und Haushaltsmittel. Die Bundesnetzagentur hat deshalb auch einen Stellenbedarf angemeldet 33,8 Stellen. Das ist also nur Phase eins. Ihr absolutes Minimum. Aber es gibt die nicht. Also nix zu finden im Haushalt. Danach habe ich gefragt. Anna Christmann vom BMWi hat bestätigt Ja, die müssen im Prinzip dann auch bereitgestellt werden. Aber vom BmiTV hat Daniela Kluckert gesagt Das geht gar nicht. Also man muss ja erst einen Kabinettsbeschluss haben und vorher kann man gar nicht über Haushaltsmittel verhandeln und das bringt uns wirklich in fieses Fahrwasser. Die gleiche Situation hatten wir nämlich beim Digitale Dienste Gesetz auch schon. Da kam das Gesetz mit der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur. Erst nach der Haushaltsverabschiedung und danach Verabschiedung und danach gab es dann keine Kohle mehr für die Umsetzung. Wir haben schon im März 24 vor genau dieser Situation gewarnt, die jetzt eintritt und zum Schluss vielleicht für die, die es vergessen haben oder zum Ersten Mal hier zum Data Act was hören? Meine Position. Ich persönlich glaube, dass so wie er kommt, er wahrscheinlich eher zum Nachteil der Verbraucherinnen sein wird und dem Gemeinwohl wenig nützt, obwohl genau diese beiden Dinge immer propagiert wurden.

[00:59:39] Speaker1

Nutzen für das Gemeinwohl und Nutzen für Verbraucherinnen. Der baut nämlich insgesamt auf das Konzept des Dateneigentums und davon kann sich dann freikaufen. Wer das Geld dafür hat und wer nicht, der muss irgendwie die Daten teilen mit möglichen Nachteilen. Besonders schlimm ist aber die vielen Ausnahmen darin, die Deutschland in Brüssel maßgeblich durchgesetzt hat. Die nützen nämlich den Großunternehmen, die schaden KMU und die schaden uns, den Verbraucherinnen. Die versprochene Flexibilität bei Reparatur oder Wechsel von IoT. Die wird vermutlich nur marginal sein. Und weil dieser Unionsantrag, um den es eigentlich ging, in diesem Tagesordnungspunkt diese Probleme erkannt und daher auch komplett gar nicht adressiert hat, haben wir ihn als Linke auch abgelehnt. Das war's wie immer aus der aktuellen Sitzungswoche. Nächste Woche geht es gleich weiter, aber vorher noch ein paar kleine Tipps und Hinweise. Diese Woche habe ich auch zwei Reden gehalten. Eine zu Cybersicherheit nehme ich zur Umsetzung der Europäischen zwei Richtlinie in Deutschland am 11. Oktober und eine Rede am gleichen Tag zu einer TKG Telekommunikationsgesetznovelle. Abgekürzt heißt es offiziell TKG Telekommunikations NetzausbauBeschleunigungsgesetz. Da ging es mir vor allem um das Recht auf Internet, also das Recht auf lahmes Internet statt schnelles Internet, um digitale Teilhabe und um eine völlig irre und sinnlose Definition der Minderungsrechte von Verbraucherinnen. Hört euch das gerne mal an? Ich finde wirklich schlimm, was man da plant. Und einen Terminhinweis habe ich für euch auch noch. Zum gleichen Thema gibt es nämlich eine Anhörung im Digitalausschuss am 16.

[01:01:15] Speaker1

Oktober. Die ist öffentlich. Da geht es also um dieses Telekommunikations NetzausbauBeschleunigungsgesetz. Unser Sachverständiger ist ein Vertreter der Verbraucherzentrale NRW. Ich verlinke euch auch, wie ihr euch dafür anmelden könnt. Und wenn die Tagesordnung für die nächste Woche so bleibt wie aktuell geplant, dann habe ich noch mal zwei Reden, nämlich am 17. Oktober zum Telekommunikation Digitale Dienste Datenschutzgesetz. Diese Gesetzesnamen sind wirklich Alpträume und zum Daten governance Gesetz, abgekürzt DDG. Wenn ihr wollt, könnt ihr euch in den Shownotes auch noch ein paar Medien Sachen von mir angucken. Zum Beispiel kann ich euch hoffentlich verlinken. Ein Interview, das ich erst morgen haben werde mit Phoenix zu eben jener TKG Novelle zum Thema Glasfaserausbau. Dann findet ihr einen Link zur Tagesschau, wo man mich zitiert hat in einem Text zum AfD Verbotsantrag und ihr findet Statements von mir zum Haushalt 25 im Linux Magazin und die Zeit hat einen längeren Text geschrieben anlässlich des Rücktritts von Kevin Kühnert. Da ging es um Burnout und Arbeitsbelastung im Leben als Politikerin und dazu bin ich da auch zitiert. Damit bin ich jetzt wirklich am Ende. Ich hoffe ihr habt der Adb Podcast schon abonniert. Wenn nicht, dann macht das mal fleißig, sonst verpasst ihr vielleicht die nächste Folge. Schickt mir gerne euren Hashtag und unbedingt wünsche ich mir von euch, Wenn ihr diesen Podcast gerne hört und die Infos interessant findet. Gebt mir doch mal, wo immer ihr ihn hört eine fünf Sterne Bewertung bei Spotify, bei Apple Podcast oder wo immer ihr sie hört. Damit sage ich Tschüss, bleibt gesund und bis bald in der nächsten Woche.

END OF TRANSCRIPT

